

Miechomwiker Zeitung

Anzeiger für die Gemeindebezirke Miechowitz, Karz und Kofelnitz

Ercheint wöchentlich drei mal und zwar Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags. Bezugspreis pro Monat 0,10 Pfg. frei ins Haus; durch die Post bezogen 6 Pfg. pro Vierteljahr

Geschäftsstelle: Dittmann's Buchhandlung, Miechowitz.
Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Josef Jaroch, Miechowitz.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Colonne oder deren Raum kostet 40 Pfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt. Druck: „Kurier“ G. m. b. H. Königsplatz — Kattowitz.

Nummer 137.

Mittwoch, den 21. November 1920

6. Jahrgang.

Der Kampf der Sowjetregierung mit den Bauern um das Getreide.

In einem „Kampf mit dem Hunger“ genannten Artikel schildert Lajis in der Moskauer „Pravda“ vom 2. November die Getreideerfassung im Gouvernement Saratow. Dieses Gouvernement hat im Sommer besonders stark unter der Dürre gelitten. In vielen Fällen hat es nicht einmal der Mühe gelohnt, das Getreide zu mähen, sondern die Bauern haben die Felder vom Vieh abweiden lassen. Als im Gouvernement die Pflichtlieferung unterliegenden Getreidemengen bekannt gegeben und auf die einzelnen Bauernhöfe verteilt wurden, machten sich überall starke Widerstände bemerkbar und die Dorfräte erklärten, zu den Lieferungen nicht fähig zu sein. Die mit der Erfassung beauftragten Regierungsbeamten hatten mit den allseitigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Dennoch ließen sich nach dem Bericht der „Pravda“ die Beamten des Verpflegungskommissariats nicht einschüchtern. Aus Erfahrung wußten sie, daß die Angaben der Bauern über die Saatfläche und das Ernteergebnis falsch sind, und weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Es wurden daher 1500 Kommunisten mobilisiert und unter der Losung „alles für die rote Armee und die hungernden Städte“ in die Dörfer geschickt. Anfanglich hatte diese Maßnahme den Erfolg, daß die Getreidelieferungen in den von den Mähernten weniger stark betroffenen Gebieten in die Höhe gingen, bald machte sich aber ein Rückgang bemerkbar. „Es war klar, daß die Bauernschaft nicht gewillt war, ohne realen Druck ihr Getreide mit den Städten zu teilen. Wir mußten daher diesen Druck anwenden.“ In welchen Maßnahmen dieser Druck bestanden hat, ob in Verhaftungen oder Hinrichtungen, verschweigt Lajis wohlweislich.

War die Erfassung in Gang gekommen, so wurden den Bolschewisten, wie Lajis mit Bedauern feststellt, ihre Kreise wieder gestört. Der in der Wolgaregion berüchtigte Bandenführer Antonow erschien nämlich plötzlich mit seinen Spießgesellen im Gouvernement Saratow und richtete eine allgemeine Verwirrung an. Alle zur Verfügung stehenden Truppen des inneren Schutzes mußten gegen Antonow geworfen werden. Selbst die mit der Erfassung des Getreides beauftragten Beamten wurden bewaffnet und zur Verteilung der Getreidekaputtstücke verurteilt. Hierdurch kamen die Lieferungen ganz ins Stocken, dann noch dem Abzug der Truppen des inneren Schutzes gegen Antonow fehlte es an der Möglichkeit, die Bauern zur Herausgabe des Getreides zu bewegen. Dabei waren bisher nur 2,5 Millionen Pud 1 Bund gleich 1633 Kilogramm Getreide und 30 000 Pud Kartoffeln geliefert worden. Als nach der Vertreibung Antonows die Truppen des inneren Schutzes wieder in die Dörfer geleitet werden konnten, stiegen die Lieferungen bis zu 200 000 Pud am Tage (9).

Daß sich die Lieferungen auf dieser erschrecklichen Höhe gehalten haben, erscheint Herrn Lajis selbst unwahrscheinlich, da er zum Schluß seines Artikels annimmt, daß die Bekämpfung des Getreides doch nur eine Hungeroperation erhalten wird, zu deren Aufrechterhaltung es im nächsten Jahre einer größeren Einfuhr bedürfen wird. Im günstigsten Falle wird das Gebiet mit Saat für das Sommergetreide versorgt werden müssen. Die wirklichen Vorräte des Dorfes zu bestimmen, ist bei dem Fehlen jeglichen statistischen Materials nach Lajis Ansicht unmöglich.

Der Artikel über „Pravda“, der besser „Kampf mit den Bauern“ statt „Kampf mit dem Hunger“ betitelt sein müßte, beweist einwandfrei, daß in Sowjetrußland das Getreide nur unter Anwendung schärfster militärischer Gewalt erfaßt werden kann.

Der Gelds aus den Holzverläufen der Stadt Landsberg a. L. belief sich im Jahre 1920 auf 1 660 000 Mark. Der Gesamtanwuchs, der dieses Jahr aus den städtischen Wäldern gezogen wurde, stellt sich auf über 2 Millionen Mark.

In Bologna kam es in der ersten Sitzung des neuen Gemeinderates zu Schieberien zwischen Sozialisten und ihren Gegnern. Sieben Personen wurden getötet und etwa 30 verletzt. Die Polizei hat die Ordnung wiederhergestellt. Am Abend herrschte Ruhe in der Stadt.

Unterbrechung der Rigaer Verhandlungen.

Die russische Delegation hat eine von Joffe unterzeichnete Note nachstehenden Inhalts an die polnische Delegation gerichtet:
Mit Rücksicht darauf, daß das Protokoll vom 14. d. Mts., über die Runtana, ne der polnischen Armee auf die Waffenstillstandslinie seinem Inhalt nach bisher nicht erfüllt wurde, werden die Sitzungen der Friedenskonferenz so lange unterbrochen, bis die Lage vollkommen geklärt ist.

Man gibt sich keiner Täuschung darüber hin, daß die Unterbrechung der Verhandlungen nur ein bolschewistisches Manöver darstellt, um die Verhandlungen nach bereits bekanntem Manier in die Länge zu ziehen; da die Sowjetvertreter sich bei der Begründung der Unterbrechung auf überhöhte Informationen gestützt haben, ohne die gegenwärtige Lage, durch die den Waffenstillstandsbedingungen in jeder Weise Rechnung getragen ist, zu berücksichtigen.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Gast Express“, erklärte Kombski, daß er die von den Bolschewisten herbeigeführte Unterbrechung im Interesse des bisher auf beiden Seiten bewiesenen guten Willens zur gebührenden Fortführung der Verhandlungen aufrichtig bedauere. Seine Ansicht nach handelte es sich um ein außerordentliches Mißverständnis von bolschewistischer Seite, das sich vielleicht schon morgen nach Eingang neuer Informationen auflären werde. Während die Bolschewisten die Unterbrechung der Verhandlungen mit der Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen durch die Polen begründeten, hielten diese die Bedingungen tatsächlich bereits seit einigen Tagen erfüllt. Nach den letzten Meldungen haben die in Frage kommenden Truppen ihren Rückzug bereits beendigt angetreten. Umso bemerklicher sei, daß die Bolschewisten über diese Tatsache noch nicht informiert seien. Kombski gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Verhandlungen in den aller nächsten Tagen wieder aufgenommen werden können.

Die antibolschewistische Einheitsfront.

Der Vertreter des „Aberul“ berichtet, daß Petljura zu einem Friedensschlusse mit den Bolschewisten bereit gewesen sei, diese aber eine vollkommene Kapitulation von ihm verlangten. Petljura wandte sich daraufhin an Frankreich und in einer Botschaftung der ukrainischen Föderation mit zwei französischen Generalen wurde der Beschluß gefaßt, sich mit Wrangel, Balachowicz und Beremhoff zu vereinigen, um unter französischem Oberbefehl eine Einheitsfront gegen die Bolschewisten zu bilden. Der zwischen Petljura und den Bolschewisten abgeschlossene Waffenstillstand sollte am 17. d. Mts. ablaufen, die Bolschewisten brachen jedoch das Abkommen schon vorher und griffen die ukrainischen Truppen unermüdet an.

Keine polnische Garnison in Danzig.

Danzig, 22. November. Oberbürgermeister Sahm, der gestern aus Genf zurückgekehrt ist, teilte heute Pressevertretern Einzelheiten über die Genfer Verhandlungen mit. Danach wird Danzig keine polnische Garnison erhalten, Polen kann vielmehr von Fall zu Fall mit Zustimmung des Völkerbundes ein militärisches Mandat über Danzig erhalten, um seine Hafenanrechte einer anderen Macht gegenüber, mit der es im Kriege steht, verteidigen zu können. Die englische Garnison wird am 26. November von Danzig abziehen, jedoch verbleibt die englische Flotille und französische Garnison noch in Danzig.

Blutige Vorgänge in Irland.

Am Sonnabend nachmittag umringte die Polizei den Sportplatz für athletische Spiele und untersuchte die Menge nach Waffen. Die Polizei beschlagnahmte eine Anzahl Revolver, Sturmgewehre und Pistolen. Die Polizei beim Herannahen. Die Polizei erwiderte das Feuer und tötete und verwundete eine Anzahl Personen. Bei dem Gedränge wurden ein Mann und eine Frau getötet. Nach unbestätigten Berichten beträgt die Zahl der Opfer zehn Tote und 60 bis 70 Verwundete.

Neuer meldet aus Dublin vom 20. November: Heute morgen 9 Uhr fand in verschiedenen Teilen von Dublin ein allgemeiner Angriff auf Offiziere und bormalige Offiziere in deren Wohnungen statt. Es wurden 14 Personen getötet und 6 verwundet. Drei Mörder wurden gefangen. Zwei Polizisten, die zur Verstärkung ausgesandt waren, wurden auf dem Wege erschossen. Unter den Toten befinden sich zwei Kriegsgerichtsoffiziere. Polizei und Militär veranstalteten heute nachmittag eine Razzia in der ganzen

Stadt. Die Bürger sind von einer Panik ergriffen, da sie Wiederberückung befürchten. Eine spätere Neuentdeckung belegt: Unter der in Dublin getöteten Offizieren befinden sich ein Major, 5 Hauptleute, 1 Hauptmann a. D. und 1 Leutnant, unter den Verwundeten 2 Obersten, 1 Hauptmann und 1 Leutnant. Die Zahl der Personen, die die Morde ausführten, betrug 12 bis 24. Zahlreiche Opfer verblieben sich noch im Bett, als sie angegriffen wurden. Ein Hauptmann wurde im Schlafzimmer in Gegenwart seiner Frau erschossen, nachdem er zuvor einen Angriff, der hierbei gefangen wurde, verwundet hatte.

Der Völkerbund in Genf.

Genf, 22. November. Der Völkerbundsrat, der am Sonntag nachmittag unter dem Vorsitz von Hymans und in Anwesenheit von Balour und Leon Bourgeois tagte, beschäftigte sich mit der Organisation der Volksabstimmung in dem zwischen Polen und Litauen strittigen Gebiet. Die Ehrlichkeit dieser Abstimmung soll gesichert werden durch ein internationales militärisches Truppenkontingent, wofür bereits Belgien, Spanien, Frankreich und Großbritannien ihre Mitwirkung zugesagt haben. Der Rat hat beschlossen, unverzüglich die in Genf anwesenden Mitglieder oder permanente Schiffsfahrts- und Luftschiffahrtskommission des Völkerbundes mit der Prüfung der tatsächlichen Durchführung und der Verpflanzung dieser Truppenkontingente zu beauftragen.

Genf, 22. November. Die heutige Völkerbundsversammlung begann mit einer Debatte über den ersten Teil der von England, Frankreich, Belgien und anderen nach einer stützigen Debatte mit einem großen parlamentarischen Sieges der französischen Delegation über die Engländer. Die zur Verhandlung stehende Frage lautet: Was kann der Völkerbund für Armenien tun? Zweimal hielt Viviani heute glänzende Reden, zwei mal Ceratte er gewaltigen Beifall. Das erste Mal, als er den Anlaß der Völkerbundsversammlung behandelte, die gar nicht für Armenien tun könne und daher an eine Willkürmacht appellieren müßte, das zweite Mal, als er, um seinen Antrag durchzuführen, die hohe Aufgabe des Völkerbundes prüfte. Die nach dem Völkerbundsrat notwendige Einstimmigkeit wurde erreicht.

Der erste türkische Beifall seit Beginn der Tagung des Bundes durchbraute den Saal. Man weiß allerdings noch nicht ob die Versammlung wirklich etwas geleistet hat. Sicher ist dagegen, daß sie ein rechtliches Parlament ist, d. h. daß der geschickteste und wirkungsvollste Redner letzten Endes auch hier das Recht behält.

Nachdem Pranting-Schweden betont hatte, daß der Völkerbund die Mittel zur Lösung der armenischen Frage finden müsse, ergriff der Präsident des Völkerbundes, Balour-England, zum erstenmal das Wort. Er sagte die Schwierigkeiten auseinander, die sich einer wirksamen Aktion in Armenien entgegenstellten, zumal bisher sich niemand gefunden habe, der das Mandat im Völkerbund für Armenien übernehmen wollte. Am geeignetsten hierfür seien immer noch die Vereinigten Staaten, die aber auf militärische und finanzielle Mitwirkung anderer Staaten auch rechnen müssen. Viviani-Frankreich wandte sich gegen den Zusatzvertrag auf die Einsetzung einer Spezialkommission für die armenische Frage. Die Kommission dürfe kaum zu einem positiven Resultat kommen, nachdem der Völkerbundsrat selbst bisher nichts erreicht habe. Ein jeder sich klar darüber sein, daß die Völkerbundsversammlung keine Machtmittel habe und auch nicht über die notwendige Autorität verfüge um die Durchführung ihrer Beschlüsse zu erzwingen. Das sei nicht die Schuld Frankreichs, denn Frankreich habe seinerzeit in Verschiebung einen Völkerbund mit wirklicher internationaler Kraft schaffen wollen. Die Verarmung müsse es vermeiden, daß sie sich vor der Welt lächerlich mache. Die Verantwortung für eine Aktion in Armenien müsse dem Völkerbundsrat übertragen werden.

Viviani stellte den Antrag, der Rat solle sich mit den Regierungen verständigen um den Zweck, Verhandlungen einzuleiten, um den feindseligsten Armeniens ein Ende zu setzen. Für den Antrag Lord Cecil sprach den Parolen-Redner, D'Herby-Canada, für den Antrag Viviani sprach Rumänien. Cecil erklärte auch, die Sanftmut sei, daß die Völkerbundsversammlung etwas Positives tue, da sonst ihr Hauptziel, die Aufrechterhaltung des Friedens, von Anfang an als unüberführbar erkannt würde und der Völkerbund Schiffsbruch erleben könnte. Viviani-Frankreich erwiderte Cecil, sich dem französischen Vorschlag anzuschließen. Die Völkerbundsversammlung müsse den unüberwindlichen Zusammenstoß des Völkerbundsrates verlangen und einen Beschluß fassen, der von den Regierungen der Großmächte sofort durchgeführt werden könne. Lord Cecil erklärte sich mit dem Vorschlag Vivianis einverstanden, gleichzeitig aber für eine Kommission, die die Vorkläre ausarbeiten hätte. Schließlich wurden Cecil und Vivianis Anträge angenommen.

Paris, 22. November. Laut „Matin“ hat die fünfte Kommission des Völkerbundes gestern einstimmig den Vorschlag Vivianis angenommen, demzufolge der Eintritt Deutschlands und Österreichs in den Völkerbund vorläufig ausgeschlossen ist, so daß voraussichtlich diese Frage auf der Konferenz nicht einmal zur Sprache kommen wird.

Reichstag.

× Berlin, 22. November. Der zweite Punkt der Tagesordnung ist die Interpellation des Abg. Müller-Franken und Genossen, betreffend die Kapitalverchiebungen nach dem Auslande. Zur Begründung der Interpellation ergriff der Abg. Müller-Franken das Wort. Er begann seine Darlegungen damit, daß die Verchiebung der trostlosen Finanzen nur dann möglich sei, wenn die Steuerkraft des deutschen Volkes angegriffen wird. Vor allem die bestehenden Kreise müssen bereit sein, die notwendigen Steuern auf sich zu nehmen. Redner geht dann auf die vom Bankhaus Cramer, Philippsohn u. Co. vorgenommenen Kapitalverchiebungen nach dem Auslande ein und fragt, ob es sich bei den Verchiebungen insbesondere um 200 Millionen Mark handle oder sich größere Verchiebungen ergeben haben. Der Redner betont zum Schluß, daß es ihm nicht genüge, daß die Angelegenheit beim Staatsanwalt liegt. Die Schieber müssen öffentlich gebrandmarkt und an den Pranger gestellt werden.

In der Antwort der Interpellation erklärt Reichsfinanzminister Dr. Wirth, es könne noch nicht festgestellt werden, ob sich die obigen Persönlichkeiten strafbar gemacht haben. Das Finanzministerium hat vor allen notwendigen Sicherungsmaßnahmen vorgenommen und die Finanzämter angewiesen, Sicherheitsbehalte bis zur höchsten zulässigen Grenze vorzunehmen. Die Zahl der beteiligten Personen beträgt weit mehr als hundert. Zu der Besprechung der Interpellation ergriff weiter das Wort der Abg. Dr. Rüriger (Dtsch.) zu der Erklärung, daß seine Partei die amtliche Maßnahme der Regierung billige. Seine Partei ist für beschleunigte Durchführung der notwendigen Maßnahmen ohne Rücksicht der Person und unter Wahrung der strengsten Objektivität. Die Redner der anderen Parteien sind sich darüber einig, daß energische Maßnahmen gegen jede weiteren Kapitalverchiebungen ergriffen werden müssen und benutzen die Gelegenheit, die entsprechenden Forderungen für die Zukunft zu stellen. Bemerkenswert sind die Ausführungen des Abg. Rahr (Dtsch. Volksp.), der u. a. betont, daß es ein Eingriff in das Strafverfahren sei, wenn unter dem Schutz der Anonymität Namen genannt seien, die bei der bekannter wahrheitsliebender Presse als Belege angeführt würden. Der Reichsfinanzminister spendet den persönlichen Ansichten und Empfindungen der Abgeordneten warme Worte, erklärt aber nochmals, daß es nicht im Interesse des deutschen Volkes sei, die Angelegenheit eines Wirtelbankhauses zu erörtern.

Dann ergriff der Abg. Scheide mann das Wort und betont, daß der Reichstag die Gelegenheit, dem Volke die Mahnung wahrzunehmen „Mensch, bezahle deine Steuern“ verpasst habe. Er wendet sich gegen die Ausführungen der rechtsstehenden Blätter anläßlich des Falles Sclav. Bemerkenswert sind seine Ausführungen, daß der Rat der Volkbeauftragten seinerzeit ein Gesetz zur Verhinderung der Kapitalflucht erlassen wollte. Dieses Gesetz sei jedoch von dem bayerischen Ministerpräsidenten Eisner zurückgewiesen worden. Als Graf Westarp sich gegen Scheidemann wandte und betonte, daß die Sozialdemokraten die Angelegenheit nur benützen, um gegen die höhergestellten Stimmung zu machen, kommt es zu erheblichen Zwischenrufen seitens der Linken, so daß Graf Westarp erregt ausruft, es sei ihm unmöglich, fortzufahren, wenn er von gemeinen Provokationen unterbrochen würde. Die Abgeordneten drängen sich um die Rednertribüne und nur mit größter Mühe gelingt es Dr. Wirth, Ruhe zu schaffen, worauf Graf Westarp nochmals darauf hinweist, daß es nicht möglich sei, die fünfshundert Jahre Geschichte der Reichsgesetze in den Schatten zu stellen.

Nächste Sitzung Dienstag nachmittag 1 Uhr.
Dem Reichstage ist eine Interpellation Herget und Genossen zugegangen, in der u. a. gefragt wird, ob es dem Reichstage bekannt sei, daß in russischen Kriegsgefangenen-Verkehrswegen Internierungslagern in Deutschland, die nicht bolschewistisch gewonnenen Gefangenen der brutalsten Vergeltung ausgesetzt seien, ohne daß ihnen deutscherseits ein Schutz zuteil werde.

Urteil im Breslauer Konsulats-Prozess.

* Breslau, 22. November. Nach zwölfjähriger Verhandlung wurde heute das Urteil in dem Konsulatsstürmer-Prozess nach fünfzehnjähriger Beratung der Geschworenen und nach einhelliger Entscheidung des Gerichtshofes gefällt. Von den 21 Angeklagten wurden 5 Angeklagte freigesprochen, wegen Bandenfriedensbruchs und Minderberührung wurden von den Angeklagten je einer zu 1 Jahr, zu 9 Monaten, zu 8 Monaten, zu 7 Monaten und 6 Monaten, 5 Angeklagte zu 5 Monaten, 3 Angeklagte zu 3 Monaten und einer zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Gegen einen Angeklagten wurde das Verfahren ausgesetzt, gegen einen anderen das Verfahren niedergeschlagen. Sämtlichen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugesprochen. Die Geschworenen haben einstimmig beschlossen, bei allen Beurteilungen ein Gnadengesuch beim Reichspräsidenten zu beauftragen. Die im Gesuch hat sich auch der Gerichtshof angegeschlossen.

3 1/2 Milliarden nach Holland verschoben.

+ Berlin, 22. November. (Eig. Meldung.) In der Kapitalverschlebungssache des Bankhauses Grunow und Kompagnie sind gestern in Berlin zwei, in der Provinz drei Verhaftungen erfolgt. Inzwischen hat die abgeklärte Untersuchung der Böhmer ergeben, daß das Bankhaus vom 1. Januar 1918 bis 1. August 1920 für 3 1/2 Milliarden Mark Werte in holländische Goldnoten überdrehte, bezog diese Summe auf holländische Konten auf Cuthaben abzuführen ließ.

Neue polnische Einberufungen.

□ Berlin, 22. November. (Eig. Information.) Das hiesige polnische Konsulat hat am Sonnabend neue Einberufungsbefehle an Reklamerie und Zurückgestellte ausgegeben. Aus Danzig wird gemeldet, daß im dortigen Hafen seit Mittwoch wieder täglich Transporte für Polen mit Kriegsmaterial eintreffen, die seit der Manifestation des polnisch-russischen Vorstrebens aufgegeben waren.

Wiederaufleben

des polnisch-russischen Krieges?

Alle Anzeichen deuten auf ein Wiederaufkommen des russisch-polnischen Krieges hin. Darüber ist man sich auch in Warschau längst im Klaren. Die Zerstreung der Wrangel'schen Armee in Sibirien hat der roten Armee nicht allein Luft gemacht, sondern ihr auch eine Menge Kriegsmaterial in die Hände gespielt, das ihr jetzt willkommen war. Der Krieg ist ja auch das einzige Mittel zur die Aufrechterhaltung des Sozialismus, denn er läßt die Volksmassen nicht zur Beherrschung kommen. In Polen muß man notgedrungen Weise den Verhältnissen Rechnung tragen und kann sich den ehernen Konsequenzen eines abermaligen Krieges nicht entziehen. Zunächst machte sich die Einsicht, daß einem neuen Krieg mit Rußland kaum aus dem Wege gegangen werden kann, darin geltend, daß man an der Warschauer Börse sehr niedergeschlagen war. Die polnische Warena dürfte daher wieder stark in Wertendenen gegogen werden.

Für den jungen polnischen Staat ist ein neuer Krieg geradezu verhängnisvoll, da neue Kriegswirren jeden Aufbau verhindern. Selbstverständlich bemüht sich Rußland, Polen als einen Teil zu bezeichnen und sich die Herrschaft über die Besatzung, daß Polen Vorkurs offenbart unerschrocken und seine Angriffe auf Rußland fortsetze. Wie gleichzeitig aus Berlin berichtet wird, hat das dortige polnische Konsulat bereits neue Einberufungsbefehle an die in Deutschland lebenden Polen erlassen. Frankreich wird selbstverständlich Polen nicht im Stich lassen und es wird ja auch bereits aus Danzig berichtet, daß dort neue Manifestationstransporte für Polen eingetroffen sind. Auf russischer Seite weigert man sich nach wie vor, die polnischen Kriegserfordernisse freizulassen und sollte hat bereits der polnischen Delegation eine Note gegeben, in der er mitteilt, er breche die Verhandlungen mit Polen ab, bis Polen die Bedingungen des Friedens erfüllt habe. Der polnische Minister Kombski glaubt zwar immer noch an eine Fortsetzung der Verhandlungen, aber sein Optimismus dürfte durch die Tatsachen trüben gelassen werden.

Es sieht also ganz so aus, als ob der Krieg ungedacht aller Bemühungen des Völkerbundes immer noch nicht aus der Welt geschafft werden könnte. Ob es der Anstrengung Amerikas, das einen neuen Völkerbund schaffen will, der diesen Namen mehr verdient als das Seine, das jetzt in Genf tagt, gelingen wird, diese schonen Absichten durchzuführen, steht dahin. Jedenfalls wird Amerika in diesen Bemühungen von England unterstützt werden, denn dieses Land hat das größte Interesse daran, seine Handelsbeziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen. Die langjährige Ausschaltung Rußlands aus Handel und Verkehr bringt der ganzen Welt Schaden und es wäre daher an der Zeit, daß endlich dauernder Frieden eintreten würde. Leider haben sich alle Verhandlungen von einer russischen Gegenrevolution als übertrieben herausgestellt. Jede revolutionäre Bewegung wird eben in Rußland mit eigener Faust niedergeschlagen ohne jegliche Rücksicht auf die Strömung von Blut, die dabei fließt. Anders ist ja auch die Tatsache nicht zu erklären, daß eine kleine Minderheit in Rußland schon länger als drei Jahre das Meistenreich mit einem Despotismus beherrscht, gegen den der Pazifismus in seinen schlimmsten Formen ein Kinderpiel war.

Unbegreiflich wird es immer bleiben, daß es in Deutschland Leute gibt, die an den Bolschewismus als Weltmission glauben, obwohl er alles zu Boden tritt, was man auf politischem Gebiete als Fortschritt bezeichnen kann. Nur ganz verwirrte Köpfe können in der russischen Methode ein Heil für die Welt erblicken, soweit es sich nicht um Menschen handelt, die da glauben, daß sie einen persönlichen Vorteil für sich herauszuschlagen könnten auf Kosten ihrer Mitmenschen. Es ist bezeichnend für die sozialistische Methode, daß die Anhänger der ersten Internationalen aus den Reihen der Sozialisten hervorgegangen sind unter völliger Mißachtung aller demokratischen Begriffe. Naturgemäß ist der demokratische Gedanke jedem Kriege von vornherein feindlich, denn die Demokratie beruht auf dem Willen der Selbstbestimmtheit niemals für einen Krieg zu haben ist, solange die Mehrheit des Volkes nicht unterdrückt wird.

Jeder Krieg bringt den Massen Unheil, da er eine Verelendung auf wirtschaftlichem Gebiete herbei führt. Ein neuer russisch-polnischer Krieg wird abermals wirtschaftliche Verelendung herbeiführen, die wir heute noch weit mehr als sonst gebrauchen können, da nur ein Zusammenwirken aller großen Völker der Erde wiederaufbauen kann, was lange Kriegsjahre zerstört. Es wäre daher sehr zu wünschen, daß Mittel und Wege gefunden werden, um das neue Unheil, das die Welt bedroht, zu verhüten. Jetzt wäre die allerbeste Gelegenheit für den Völkerbund, alle Hebel in Bewegung zu setzen gegen die abermalige Kriegsjahre. Leider ist kaum damit zu rechnen, daß es ihm gelingen wird, mit Erfolg vermittelnd einzugreifen.

Gegen Deutschland zu nahme in den Völkerbund.

△ Genf, 21. November. Es verlautet, daß Viviani im Namen der französischen Regierung verlangen wird, daß Deutschland spätestens vor dem 1. November 21, daß heißt ein halbes Jahr nach Ablauf der Entschädigungsfrist in den Völkerbund zugelassen wird. Der französische Vertreter soll dagegen bereit sein, unverzüglich Oesterreich und Ungarn in den Völkerbund aufzunehmen. Als Grund für die weitgehende Verdrängung wird angegeben, daß vorerst die Entschädigungsfrage vollkommen erledigt sein müsse. Der zehnte Grund dürfte aber sein, daß die französische Regierung unbedingt abwarten will, bis sie sich über die amerikanische Politik klar geworden ist.

Amerika auch bei der Genfer Sachverständigen-Konferenz nicht vertreten.

△ Genf, 22. November. (Eig. Meldung.) Der „Gerald“ meldet aus Washington: Das Staatsdepartement hat beschlossen, auch zu der Sachverständigen-Konferenz in Genf am 7. Dezember keine Vertreter zu entsenden.

Danzig wehrt sich gegen den Völkerbund.

△ Danzig, 22. November. (Eigene Meldung.) Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen versuchen allgemeine Vorkonferenzen ein gegen den Welauf des Völkerbundes, der Polen die militärische Macht über den Freistaat Danzig überträgt. Auch die übrigen Parteien lehnen gegen den Beschluß ein. Frieden Stellung. Der Ausschuss der gesetzgebenden Versammlung tritt am kommenden Mittwoch zusammen.

Hardungs Völkerbund und die Franzosen.

Die französische Presse beschäftigt sich lebhaft mit der „Action Française“ auf die Vorbereitungen Hardungs zur Einsetzung eines neuen Völkerbundes. Die „Action Française“ führt die Vorkonferenzen, die dem Völkerbund erteilten Vollmachten nicht anerkennen. Was in Amerika zur Zeit gebräuchlich ist, ist unendlich interessanter als die Genfer Debatten. Der „Action Française“ hiesiger Vertreter, der dem Völkerbund erteilten Vollmachten nicht anerkennen, was in Amerika zur Zeit gebräuchlich ist, ist unendlich interessanter als die Genfer Debatten. Der „Action Française“ hiesiger Vertreter, der dem Völkerbund erteilten Vollmachten nicht anerkennen, was in Amerika zur Zeit gebräuchlich ist, ist unendlich interessanter als die Genfer Debatten.

Der Völkerbund für eine Abstimmung in Litauen.

△ Genf, 22. November. (M. T. B.) Der Völkerbundrat, der gestern nachmittags unter dem Vorsitz von Gyman und in Anwesenheit von Danfour und Leon Bourgeois tagte, beschäftigte sich mit der Organisation der Vorkonferenzen in dem zwischen Polen und Litauen streitigen Gebiet. Die Entscheidung der Abstimmung soll gesichert werden durch ein internationales militärisches Truppenkontingent, wofür schon Belgien, Frankreich, Spanien und Großbritannien ihre Unterstützung zugesagt haben. Der Rat hat beschlossen, unverzüglich die in Genf anwesenden Mitglieder der permanenten Schlichter- und Ausschlichtungskommission des Völkerbundes mit der Prüfung der technischen Durchführung und der Vertretung dieser Truppenkontingente zu beauftragen.

Deutsche Schadenersatzansprüche in Libanien.

△ Berlin, 22. November. (Eigene Inf.) Die deutsche Regierung hat zu der Beschädigung deutschen Besitzes in Prag und für ähnliche Angriffe auf deutsche Staatsangehörige unverzüglich Schadenersatzansprüche bei der libanesischen Regierung übergeben lassen.

Der russisch-erliche Handelsvertrag

△ London, 21. November. Der Entwurf eines Handelsvertrags zwischen England und Sowjetrußland ist Krassin übergeben worden. Das neue Instrument enthält eine Klausel, die

Zusammenstöße mit Franzosen in Berlin.

△ Berlin, 22. November. (Eigene Meldung.) Der „Tag“ meldet: Das herausfordernde Verhalten von 2 Franzosen führte am Potsdamerplatz zu Zusammenstößen. Nachdem die Franzosen, die in Begleitung eines Mädchens waren und von denen der eine sich in Uniform befand, in einem Bierlokal in der Trunkenheit in Beschimpfungen der Gäste ergangen hatte, suchten sie ein Kaffee an Potsdamerplatz auf. Bereits in der Eingangstür gerieten sie mit einem malten Herrn zusammen, wobei ein Franzose seine Nase verlor. Die Franzosen nahmen dann unter dem Ruf „Boozes“ an einem Tisch Platz. Der größte Teil der Gäste protestierte gegen dieses Verhalten und verlangte vom Kellner und dem Geschäftsführer die Enttarnung der Franzosen. Der die Gäste bedienende Kellner schritt jedoch nicht ein, während der Geschäftsführer die empörten Gäste zu beruhigen suchte. Als deren Haltung anfangs drohend zu werden, erinnerte sich zunächst der französische Soldat des Grundgesetzes, das Vorrecht der größte Teil der Tapferkeit sei und enternie sich schimpfend aus dem Lokal, während der Zivilist noch versuchte, seine Stellung zu behaupten, aber schließlich von dem Geschäftsführer erfaßt wurde, mit seiner Begleiterin das Lokal zu verlassen. Auch im Norden der Stadt kam es mehrfach zu Zusammenstößen mit Franzosen.

sich mit dem Export von russischem Gold befaßt. Eine weitere Befragt, daß die Handelsbeziehungen erst dann wieder aufgenommen werden, wenn Rußland sich dazu verpflichtet haben wird, seine Schulden an England zu bezahlen.

Die Berliner revolutionären Arbeitsoper.

△ Berlin, 22. November. (Eig. Meldung.) Der Berliner Arbeitslokalrat konstituierte sich als Aktionsausschuss für die Revolutionierung von ganz Deutschland. Er führte damit die Forderungen des roten Erwerbslosenkongresses in Berlin aus.

Der Straßburger Kaiserpalast beschlagnahmt.

△ Karlsruhe, 22. November. (Eig. Meldung.) Nach einer Meldung der Neuen Straßburger Zeitung beschlagnahmte die französische Regierung den Kaiserpalast in Straßburg als französisches Staatsgut, während der Gemeinderat bisher Anspruch darauf geltend machte. Am Kaiserpalast prangen jetzt die Worte: „Palais du Reich.“

Deutsche Ehrung unserer in Paris beerdigten Kämpfer.

Am Totensonntag legte der deutsche Volkshauswart an dem Denkmal für die auf dem Friedhofe Bagneux in der Pariser Vorstadt Montrouge beerdigten deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Der Volkshauswart hielt dabei an die voranstellten Mitglieder der deutschen Volkshaus- und der deutschen Friedensdelegation sowie der übrigen deutschen Missionen folgende Ansprache: Über eine Million deutsche Soldaten liegen auf französischem Boden begraben. Unermesslich ist die Zahl der Mütter und Witwen, der Kinder und Geschwister der Gefallenen, die heute in der Heimat in ihren Gedanken und Gebeten an den Gräbern ihrer Lieben weilen. Mit ihnen geht das ganze deutsche Volk in Trauer und Ehrfurcht seiner für das Vaterland gefallenen Söhne, zur Ehrung des Andenkens an alle Treuen, die an der Front, in den Hospitälern oder in der Gefangenenschaft ihr Leben für das Vaterland hingaben und nun in französischer Erde ein Soldatengrab gefunden haben. Ich lege namens der Reichsregierung und der deutschen Heimat diesen Kranz nieder. Das deutsche Volk wird auch im Unglück und Not seine Helden nicht vergessen. Es neigt sich in unaussprechlicher Dankbarkeit und Bewunderung vor ihrem Andenken, das ihm das heilige Vermächtnis beibringt, das immerdar für die deutschen Mütter und Frauen liegt Frau Volkshauswart Wagner und für die deutsche Friedensdelegation Geandler v. Wittus einen Kranz nieder.

Die amerikanische Kriegsstelle in der Welt voran.

△ Genf, 22. November. (Eig. Meldung.) Der „Gerald“ meldet aus Washington: Durch die Neuanforderung von 22 Einheiten wird die amerikanische Kriegsstelle an die erste Stelle der Welt rücken.

Französische Seeleute vermeiden Munitionstransporte.

△ Der Dampfer „Calmec“, der mit einer Munitionsladung nach der Krim abgehen sollte, dessen Besatzung sich aber vor mehreren Tagen verweigert hatte, die Ausfahrt anzutreten, wird nun entlassen. In Mailiffle ergriffen sich ein zweiter ähnlicher Fall. Die Besatzung des im Dienste der Messagerie maritime stehenden Dampfers „St. Salem“, der eine Ladung Kriegsmaterial mit Bestimmung nach Syrien an Bord hat, ging an Land und weigerte sich, auf das Schiff zurückzukehren, bevor der Dampfer entladen sei.

Griechenland baut vor.

△ Dem „Temps“ wird aus Athen gemeldet: Die neue griechische Regierung hat sämtliche Gerichte des Königs Konstantin Recht zu sprechen. — Die Menas hat am Hause von

Venizelos ein Bild der Königin Sofia angebracht. Mehrere Franzosen, die in den Straßen von Athen sich geweigert hatten, das Bild Königs Konstantins zu grüßen, seien belästigt worden. — Die neue Regierung sei der Ansicht, daß alle Entscheidungen der letzten Kammer ungültig seien, weshalb soll die neu gewählte Kammer nochmals schnellig den Friedensvertrag von Sevres ratifizieren, bevor die Alliierten intervenieren könnten.

△ Berlin, 22. November. (Eig. Meldung.) Die „Morningpost“ meldet: Aus Athen wird berichtet, daß die Mitglieder des diplomatischen Korps dem neuen Ministerpräsidenten Kuribus besuche abstattet haben. Phallos hat versucht, daß die im Ausland weilenden griechischen Prinzen sowie alle bekannten Griechen nach Griechenland zurückkehren können. Darauf sind König Konstantin's Brüder Andreas und Christophorus mit ihrer Schwester Marie, die sich in Rom aufhielt, nach Griechenland abgefahren.

Frankreichs Einbruch gegen König Konstantin
△ Genf, 22. November. (Eig. Meldung.) Dem „Temps“ zufolge ist der offizielle Einbruch Frankreichs gegen die Rückkehr des Königs Konstantin auf den griechischen Thron am Sonnabend in Athen überreicht worden.

△ Berlin, 22. November. (Eigene Meldung.) Der „Tag“ meldet aus Lugano: Ministerpräsident Ribbentrop erklärte dem Sozialministerpräsidenten des „Corriere della Sera“, nach dem Gesetz besetze in Griechenland eine politische Frage. Laut Artikel 43 der Verfassung gebührt der Thron dem König Georg, dem Vater Konstantin's und seinen Erben. Konstantin würde gewaltsam verdrängt und seine jetzt auf seinem Thron sitzt.

Polens Kampf mit Litauen.

△ Danzig, 22. November. (Eigene Meldung.) Aus Warschau wird heute früh gemeldet: Die Polen haben vor Kovno die Strava bei Kikowitsch überschritten. An der Bahn Wilna-Kowno standen gestern Abend die Polen bei Jewja. Kovno soll von den Litauern bis aufs äußerste verteidigt werden. Auf litauischer Seite kämpfen rote Truppen.

△ Genf, 22. November. Die litauische Regierung hat an den Völkerbundkongreß telegraphisch eine Beschwerde über die Unterjochung der Armees des Generals Belagowski durch reguläre polnische Truppen gerichtet, die bereits heute 16 Divisionen stark seien. Die litauische Regierung bittet den Völkerbund gegenüber Polen den Artikel 16 des Völkerbundesvertrags in Anwendung zu bringen. (Der Artikel beschränkt sich mit den Strafbestimmungen gegen einen den Frieden brechenden Staat.)

△ Bel dem Zusammenbruch der Offensiv des Generals Belagowski entging dieser laut Meldung der Lit. Deleg. Agent mit Wunde der Gefangennahme. Der Beschädigte von Grodno wurde tödlich verwundet. Ein Panzerzug, der in der Gegend von Meparce zum Gegenangriff einsetzte, entkam mit schweren Beschädigungen.

General Wrangel über seinen Rückzug.

In einer Unterredung mit dem Konstantinopeler Berichterstatter von „Gegenwart“ am Bord des Dampfers „Korniloff“, der mit 70 anderen Schiffen im Dardanellen liegt, erklärte Wrangel, sein Speer sei intakt geblieben, es sei ihm jedoch nicht möglich, den Kern eines neuen Heeres zu bilden. Er sei bereit, dem Bolschewismus auf einer anderen Front Widerstand zu bieten. Alle Gewehre und Maschinengewehre seien gerettet, nur die Panzerwagen und Tanks seien vernichtet. Es sei ihm jedoch nicht möglich gewesen, die Munition zu vernichten. Er habe außerdem sich gezwungen gesehen, 15.000 verwundete Soldaten zurückzulassen, während es ihm gelungen sei, 6.000 verwundete Offiziere mitzunehmen. Vorläufig werde die Infanterie nach Gallipoli und die Kavallerie nach Lemnos übergeführt werden. Der Berichterstatter des Blattes fügte seinem Bericht hinzu, daß unter den Truppen Wrangels, die großen Mangel an Wasser und Lebensmittel litten, zahlreiche Fälle von Geisteskrankheit und Selbstmord vorkommen.

△ Mittelt des polnischen Kriegsministers. Es verlautet, wird der derzeitige Kriegsminister Polens zurücktreten, um an die Spitze einer wichtigen Auslandskommission zu treten. Sein Nachfolger wird General Sikorski werden.

Übereinkommen der deutschen mit dem polnischen Sozialdemokraten

△ Unter dem Vorsitz von Camille Hubsmans fand am 20. November in Berlin eine Konferenz der deutschen und der polnischen Sozialdemokraten statt, in der laut „Vorwärts“ beschlossen wurde, in der Abstimmungspropaganda alle nationalistischen vererbenden Argumente auszuschalten. Die deutschen und die polnischen Sozialdemokraten werben alle Gewalt- und Verführungsmittel, sowie alle wirtschaftlichen Druckmittel aus der Kampfbühne bekämpfen und für die völlige Abstimmungsfreiheit eintreten. Eine Kommission aus je drei deutschen und polnischen Sozialdemokraten soll alle Übergriffe der Angehörigen beider Parteien befechtigen.

△ In Krakau hat laut Warschauer Blätter, eine Beratung des Ministerpräsidenten Witts mit Korstanty und einigen Vertretern der obersten Parteiführung stattgefunden. Diese Reihe des Ministerpräsidenten nach Krakau wird auf die Erklärung des Warschauer englischen Gesandten zurückgeführt, daß die Abstimmung nach vor Ende Januar 1921 stattfinden werde. Bei der Krakauer Beratung sind die Verhältnisse im Abstimmungsgebiet und die eint. Verschleimung der Abstimmung besprochen worden. Der polnische Minister hat sich dann mit der obersten Parteiführung in einer besonderen Sitzung befaßt. Die polnische Regierung will mit Bezug auf die oberste Parteiführung in Krakau eine offizielle Erklärung abgeben, die die Festhaltung des unbestrittenen Anrechts Polens auf Oberösterreich enthält.

Das 50jährige Jubiläum der St. Marienkirche in Kattowitz.

Kattowitz, 22. November.

Für den gläubigen Katholiken ist das Wort Gotteshaus ein heiliger Begriff, geprägt für die Säfte, wo unzerstörbar, umgeben von den mystischen Dämmern der Angel im Tabernakel umher waltet, um bei jeder heiligen Kommunion das heilige Geheimnis des Abendmahls zu erneuern. Von den Sakramenten, die wie feierliche Stationen im Leben des Katholiken stehen, werden im Gotteshaus gespendet, die heilige Taufe, durch welche das Kind, abgewaschen von der Missethat der Erbsünde, in die Gemeinschaft der Christen eintritt, die Buße, durch die wir frei von Sündenlast werden, das allerheiligste Sakrament des Altars, das uns eins mit Christus werden läßt, die nur die Stärkung des hl. Geistes verleihende Firmung, und Ehe. Kein Wunder darum, daß der katholische Christ mit ehrfurchtvoller Ehrfurcht, mit andächtiger Liebe das Gotteshaus betritt, das geheiligt durch jede heilige Messe und Andachten ihm wie ein Symbol der Gottesverehrung erscheint, daß er ganz mit den Leiden und Freuden seiner Kirche verknüpft ist.

Ein Feiertag war der gestrige Sonntag, an dem die Menge der Gläubigen das ehrwürdige Gotteshaus der St. Marienkirche füllte. Gemüdet war er der Erinnerung an den Tag, an welchem vor 50 Jahren, am 20. November 1870, die heilige Saite feierlich eingeweiht wurde. Wohl mögen die Sorgen unserer Zeit, ihr hasten um Drängen, der schier übermächtige Ansturm des Ir- und Unglaubens, größer, gewaltiger sein als früher, aber die imposante Teilnahme an dem Kirchweihfest bewies, daß der echt katholische Geist selbst in unserer heutigen Welt noch eine Macht bedeutet. Schon in den ersten Vormittagsstunden schwebten mächtig die Klänge der Orgel über dem Getriebe der herblichen Straßen, sammelten sich in der Nähe der St. Marien-Kirche Gruppen von Gläubigen, harrend der Stunde, in welcher in der licht- und weihrauchgefüllten Kirche, getragen von den metallenen Saiten der Orgel ein jubelndes Dankgebet zum Himmel steigen würde. Um 8 Uhr sammelten sich die katholischen Vereine am Vereinshaus, um dann im bunten Gefolge über die Petzsch-, Friedrich-, Emma- und Holkestraße in die Kirche einzuziehen. Um 9 Uhr fand ein feierlicher Festgottesdienst für die deutschsprechenden, um 11 Uhr ein solcher für die polnischsprechenden Parochianen statt.

Nachmittags 5 Uhr fand im St. Maria-Berenshaus eine

Festversammlung

der deutschen Parochianen statt. Auf der festlich geschmückten Bühne, sah man inmitten einer kunstfertig wirkenden Dekoration das Bildnis des verstorbenen Prälaten Schmidt. Unter den Erscheinenden befanden sich außer der hochw. V. M. Schmidt, Bürgermeister Xeu, Stadtrat Kalus, Oberlehrer Hartmann sowie andere Vertreter des Magistrats, der Behörden und der kathol. Volkspartei. Der Herr der St. Marienkirche, Dr. Kubina eröffnete kurz nach 5 Uhr die Versammlung mit begründeten Worten. Das schönste Festtagsfest ist es, wenn die Mutter ihren Geburtstagsfeier feiert. Die St. Marienkirche ist es, welche heut ihr 50jähriges Geburtstagsfest begeht. Sie ist unsere Mutter. In ihrem Schoß ruht das un-natürliche Leben, die Un-mittel die uns stark gemacht haben. Eine Mutter liebt mit gleicher Liebe alle Kinder, auch unsere St. Marienkirche wendet ihre Fürsorge allen Gemeindegliedern, seien sie deutscher oder polnischer Nationalität zu und auch alle Gemeindeglieder sind einig in der Liebe zu ihrer Mutter. Und diese Liebe wird sie auch allen durch die jetzige idemere Zeit geüben. Unsere Marienkirche soll ein Symbol des Glaubens und der Einheit sein, und um die steinernen Mauern der Kirche soll sich eine neue feste Mauer aus Herzen bilden.

Der Redner gedachte dann der hochherzigen Männer, die an der Gründung der Marienkirche mitgewirkt hatten, begründete die Erscheinungen und fuhr fort.

In unserer lieben Kirche schaut das Bildnis der heiligen Gottesmutter auf uns herab, und auch der heilige Marius soll über die dem heutigen Abend schweben, und nicht besser können wir diesen Geist ehren, als daß wir in das Licht einstimmen:

„Maria zu lieben, ist allzeit mein Sinn.“
Die Versammlung sang ergriffen drei Verse dieses schönen Liedes.

Nachdem dann der Säckelverwalter in muster-gültiger Weise das Lied „Der Herr ist mein Herr“ vortrug, hielt er, als Regionalrichter, ein Wort über die heutige Doctrinalschule das Wort zu der

Festrede.

Alle Katholiken sind, wenn auch geschieden durch Sprache und Land, eine große Gemeinde, geeinigt durch unseren heiligen Glauben. In dieser Einheit haben wir uns heute versammelt, um das Geburtstagsfest unserer St. Marienkirche zu begehen. 50 Jahre sind gewiß, gemessen an Jahrhunderten, eine kleine Zeit; sie bedeuten aber viel, wenn man weiß, wieviel Großes in der kleinen Frist geschahen wurde. Und wenn wir von diesem Zeitpunkt aus auf die 50 Jahre zurückblicken, die hinter uns liegen, so können wir mit freudigem Herz erfüllt sein, so möchten wir anstimmen den Lobgesang „Lobe den Herrn meine Seele“. Aus diesen Sprossen hat sich unsere St. Marienkirche

zu einem gewaltigen Baume entwickelt. Unsere Gemeinde ist so groß geworden, daß selbst die große Kirche nicht mehr die Halle der Gläubigen zu lassen vermag.

Die Kirche ist das Herz der Gemeinde. Von ihr aus strömt immer neues Blut in die Adern, durch sie wird immer von neuem jedes Mitglied erfüllt vom christlichen Geist. Das Gotteshaus hat in unserer heutigen Zeit, die so sehr von Selbstsucht erfüllt ist, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, es soll ausgleichend und veröhnend wirken. Darum gestatteten Sie mir, daß ich in wenigen Worten die Aufgabe der Kirche auf religiösem und sozialem Gebiete kennzeichne.

Der Redner legte hierauf die Bedeutung, die dem Gotteshaus zukommt, durch die Befestigung des Glaubens, die Verehrung und die Spendung der Sakramente. Wenn sich jedes Mitglied der Gemeinde bewußt werde dieser Gnaden, dann werde es auch die soziale Bedeutung der Kirche erkennen. Die Kirche sei der einzige Ort, der alle ohne Unterschied des Standes vereint, der Ort, an welchem alle, Arm und Reich, die gleichen Gnadenmittel zur Verfügung stehen. Sie sei auch die Stätte, an der Friede und Veröhnung gepredigt werde, im Gegensatz zu der Welt, die die Menschen in Parteien und Klassen zerpalte. Wenn es darum zum sozialen Ausgleich kommen sollte, so müsse sich jeder der Bedeutung der Kirche bewußt werden und in Wort und Tat seinen Katholizismus bekennen. Mit einem nochmaligen Rückblick auf das 50jährige Jubiläum der Marienkirche schloß der Redner seine geistvollen Ausführungen.

Es hielt hierauf, nachdem der Säckelverwalter ein religiöses Lied feierlich vortragen hatte, Stadtrat Kalus einen Vortrag über

Die Geschichte der St. Marien-Kirche.

Er entnahm diesem Vortrag folgendes:

Am 11. November 1860 wurde Kattowitz von der Pfarrei Marienkirche, zu der es bislang gehörte, losgelöst. Als Gotteshaus wurde zunächst eine Kapelle errichtet.

Eines der innigsten Fernwünsche des Pfarrers Dr. Krenski war, möglichst bald den Bau eines massiven Gotteshauses herbeizuführen. Im Frühjahr 1861 wurde er von dem Fürstbischof nach Kattowitz gerufen, wo dieser gerade auf seiner Reise nach Wien bei seinem Freunde und St. Marien-Kirche-Verwalter Dr. Krenski zuhause war. Bei dieser Zusammenkunft wurde die Aufhebung der Pfarrei Marienkirche besprochen, und die Konsequenz daraus mit dem Ergebnis, daß der Bau der Kirche ins Auge gefaßt wurde, und daß der Fürstbischof wegen der schlechten Vermögensverhältnisse der Kattowitzer Pfarrei eine Anzahl von 10000 Talern zuscherte. Mit der Überlegung des Baues wurde der geniale Architekt Alexis vanger aus Breslau betraut. Im Monat Juli geschah der erste Spatenstich zur Aushebung des Baugrundes. Am Sonntag, den 31. August wurde nach Vermeidung des Nachmittagsgottesdienstes die Grundsteinlegung der St. Marienkirche in feierlicher Weise vollzogen. Nach der Eintrift des Winters waren alle Bauarbeiten eingestellt.

Leider machten sich bald finanzielle Schwierigkeiten bemerkbar, da der Kostenschlag viel zu niedrig angesetzt war. Es mußte daher Vorkehrungen zur Aufnahme eines Darlehens aus der Provinzial-Kasse in Höhe von 16000 Talern getroffen werden. Außerdem wandte man sich an das Oberbergamt um eine Beihilfe von 6000 Talern aus dem Bergbau-Geldesfonds, hatte aber erst nach der dritten Eingabe einen recht bescheidenen Erfolg. Am 9. Juli 1863 wurden statt der verlangten 6000 Taler nur 2000 Taler angewiesen und die deren Auszahlung verzögerte sich bis zum Schluß des Jahres. Da aber die Kosten noch immer nicht gedeckt waren, wurde im Jahre 1868 eine Hauscollekte in Schlesien abgehalten, die aber nur den Kleinbetrag von 2000 Talern 8 Silbergrößen ergab. Mittlerweile hatte der Fürstbischof wieder 10000 Tlr. gelendet mit d. Bestimmung, daß der Ausbau des Turmes beabsichtigt werden mußte. Dies geschah, und am Freitag, den 13. November 1868 fand unter zahlreicher Beteiligung ein feierlicher Dankgottesdienst zur Beendigung des Turmes und der Wölbung statt. Man hoffte bereits, daß die Kirche Anfangs Oktober 1870 fertig gestellt sein würde, da traf die Nachricht von der Kriegserklärung Frankreichs ein, und die Hoffnung sank wieder. Die Verhandlungen mit der Provinzial-Kasse wurden unterbrochen, das Darlehen konnte nicht einmal teilweise zur Auszahlung gelangen, und marsch sich neuen finanziellen Schwierigkeiten gegenüber. Zwar gewährte in der letzten Adressen der Kirchenverwalter Paul ein Darlehen von 3000 Talern, aber auch dieses konnte nicht ausreichen, so daß man sich abermals genötigt sah, die Hilfe der zur Kirche in Lande weilenden Fürstbischofs anzureufen, ihm ein Darlehen von 8000 Talern zu überreichen und dabei die Bitte anzusprechen, er möchte die Hilfe haben und die Einweihung des neuen Gotteshauses selbst vorzunehmen. Das Darlehen wurde gewährt, gleichzeitig aber mitgeteilt, daß es dem Herrlichen unumwidlich sein würde, die Konsekration selbst zu vollziehen.

Es wurde nun alles daran gesetzt, den Kirchenbau noch in diesem Jahre zu Ende zu führen, und den unter der Leitung des Architekten Langer tätigen Meistern und Arbeitern gelang es am späten Abend des 19. November 1870 das Werk fertig zu stellen.

Bereits an diesem Tage war der mit der Konsekration der St. Marienkirche beauftragte Weihbischof Modawski in Kattowitz eingetroffen. Abends fand zu seinen Ehren ein Festmahl statt, bei dem die kunstreich geformte Gold- und Silberarbeiten des ersten Mal in feierlicher Weise abblammt. Sonntag, den 20. November bewegte sich beim herrlichsten Wetter eine nach Tausenden zählende Prozession von der Kirche zum neuen Gotteshaus. Um 8 Uhr begann die Konsekration, an der leider der hochverdiente Pfarrer Dr. Krenski nicht teilnehmen konnte, da er infolge Krankheit im April 1868 sein Amt niedergelegt hatte. Nach der deutschen und polnischen Predigt erfolgte das feierliche Pontifikat, an dessen Schluß vor dem ausgelegten hochwürdigsten Orte, das Te Deum gelungen, die Dankgebete verrichtet und der hl. Segen erteilt wurde. Der kirchlichen Feier folgte

Eine Bluttat mit polnischem Hintergrund.

Der Herausgeber der „Wola Ludu“ erschossen.

Oberschlesien kommt nicht zur Ruhe. Organisch wird es durch eine Bluttat, die ohne Zweifel politischen Hintergrund hat, in neue Aufregung versetzt. Theophil Kupka, der Herausgeber der „Wola Ludu“ war bis vor kurzem, ehe er das neue Organ gründete, Korrespondent und Mitarbeiter des Bundes der polnischen Plebiszitmitglieder, mußte jedoch nach ernstlichen Differenzen mit Korjanty, der die Auflösung des Bundes forderte, schließlich sein Amt niederlegen. Daraufhin wandte sich Kupka, der seit langer Zeit schon scharf gegen Mißstände im polnischen Plebiszitkommissariat aufgetreten war, noch heftiger gegen Korjanty und seine Propaganda gegen die Schachta im Hotel Komniz und die „Doktorsta Eliga“ im polnischen Plebiszitkommissariat, was ihm von polnischer Seite befehligen würden. Besonders mußte er als Verräter ausgeklagt werden. Auch in seinem Blatt „Wola Ludu“ nahm Theophil Kupka seinem ehemaligen Mitarbeiter Korjanty gegenüber eine keineswegs freundliche Stellung ein. Daß ihm das alles von polnischer Seite sehr verübelt wurde, ist begreiflich und so scheint er nun dem Haß gewisser Kreise zum Opfer gefallen zu sein, denen er unbehagen geworden war und die ihn darum kurzerhand aus dem Wege räumen ließen. Hoffentlich gelingt es bald, Licht in diese dunkle Angelegenheit zu bringen.

Wenn es sich nun in der Tat um einen politischen Mord handelt — und das dürfte in diesem Falle mit Sicherheit zutreffen — so haben die Kreise, von denen der Mord in Szene gesetzt wurde, durch diese verdammenswerte Tat der deutschen Sache in Dingen der bevorstehenden Abstimmung einen guten Dienst erwiesen, denn sie zeigten nun mit aller Deutlichkeit, daß sie sich nicht scheuen, sogar die Mordwaffe zu ihren Propagandamitteln zu wählen und daß es mit ihrem Willen, eine freie Volksabstimmung zu gewährleisten, wenig ernst ist, denn derartige Vorkommnisse sind nur geeignet, die Freiheit der Volksabstimmung in der bedenklichsten Weise zu untergraben. Wir müssen von der Interalliierten Kommission verlangen, daß sie alles zur Aufklärung der Bluttat tut und mit Schärfe gegen die Urheber vorgeht. Ausreichende Maßnahmen für die Sicherheit aller Oberschlesier sind die erste Vorbedingung für eine freie, unbeeinflusste Volksabstimmung.

Das Wolff-Büro meldet: Sonnabend nachmittags 5 1/2 Uhr erschienen in der Wohnung von Theophil Kupka, dem Herausgeber der „Wola Ludu“ (Der Wille des Volkes), der bis vor einiger Zeit Mitarbeiter Korjantys im Hotel Komniz war, zwei Personen, die nach Befragung freigegeben wurden. Kupka, der an der Wohnungstür zurückgeblieben war, bemerkte, daß zwei Personen in der Wohnung erschienen, die er nicht kannte. Eine antwortete, daß sie die Vorgänge nicht zu erzählen noch aus. Bereits seit Tagen wurde Kupka von verschiedenen Seiten durch allerlei Anfragen nachgesprochen, sodas selbigen scheint, daß seine Befreiung von langer Hand geplant war.

Von anderer Seite wird uns berichtet: Eine schwere Bluttat, die den Tod eines Menschenlebens zur Folge hatte, wurde am Sonnabend nachmittags auf der Domersdorfstraße verübt. Im ersten Stockwerk des Hauses Nr. 9 wohnt der Verleger bzw. Herausgeber des

„Wola Ludu“ (Der Wille des Volkes) Theophil Kupka. Am Sonnabend nachmittags 5 Uhr klingelten drei Männer an der Wohnung Kupkas und begehrten Einlaß. Eine Schwägerin des Kupka öffnete ihnen die Tür und fragte die Männer nach ihrem Begehren. Dieser erklärten, sie wollten Herrn Kupka sprechen, ob er nicht Arbeit für sie hätte. Herr Kupka wurde von seiner Schwägerin gerufen und als dieser erschien, wurden sofort aus einem Revolver 4 Schuß auf ihn abgegeben. Ein Schuß traf ihn in den Kopf, einer in die Brust und der vierte Schuß traf die Tür. Kupka brach sofort tot zusammen. In der Verwirrung sind die Täter unerkannt entkommen. Dr. Kowall, der am Tatorte erschien, konnte nur noch den Tod von Kupka feststellen. Das Material gegen Kupka muß schon vorher geplant gewesen sein, was daraus zu ersehen ist, daß sich zwei oder drei Tage vorher zwei Männer nach der Wohnung des Kupka erkundigt haben. Eine Frau, die zufällig in dem Hause im 3. Stockwerk wohnt, gab ihnen Bescheid, daß Kupka in diesem Hause wohnt und beschrieb ihnen auch die Wohnung. Darauf entfernten sich die Männer. Man dürfte nicht fehlgehen, daß diese Männer mit den Tätern identisch sind und die Wohnung nur deshalb ausgespäht wurde, um Kupka zu töten. An dem Tage, als der Mord verübt wurde, waren kurz vorher drei Männer in einem Lokal auf der Friedrichstraße, wo sie jeder einen Kognal tranken und sich dann in der Richtung nach der Kupfischen Wohnung zu entfernten. Kurze Zeit darauf wurde der Mord verübt. Die Täter werden wie folgt beschrieben: Mittelgroß, etwa 25—26 Jahre alt und trugen dunkle Anzüge. Der Bahnhof wurde sofort polizeilich abgesperrt, um die Täter nicht entweichen zu lassen, diese müssen aber mittels eines die Flucht ergriffen haben.

Tammert meldet dazu:

Leipzig, 20. November. Heute nachmittags gegen 5 Uhr wurde der Führer der polnischen Sektionisten aus dem Komnizhotel Zewit Kupka, der, nachdem er sich von Korjanty abgesagt hatte, eine zweisprachige Zeitschrift „Wola Ludu“ (Der Wille des Volkes) herausgab, in seiner Wohnung ermordet. Kupka hatte im polnischen Plebiszitkommissariat eine Zeitung einen Posten in der Spionageabteilung bekleidet und war dadurch Kenner der polnischen geheimen Pläne. Seine Ermordung ist zweifellos auf politischen Gründen erfolgt. Aufsehen erregt hatten seine vor wenigen Wochen veröffentlichten Flugblätter, in denen er die Schlächterschläue am Korjanty herum herbeibrachte, weil sie über den Kopf der Oberschlesier hinweg Oberschlesien an Warschau zu verschauern verließen. Von der neugegründeten Zeitschrift waren 2 Nummern bisher erschienen. In ihnen fordert er unter dem Rufe „Oberschlesien den Oberschlesiern!“ eine unparteiische Prüfung vor der Abstimmung.

Weiter meldet Tammert noch folgende Einzelheiten:

Seit etwa einer Woche erhielt Kupka fast täglich Trochrisse in polnischer Sprache, die unterzeichnet waren „Ein Freund“ und „Der Feind“. Aus der Unterfertigung geht hervor, daß es sich um den von Kupka bekämpften Komnizhotelbewegung nahestehenden Leute handelt. Gestern und heute wurden noch verdächtige Gestalten bemerkt, die Kupkas Haus auf der Domersdorfstraße Gde Gultwitzerstraße umfassen und sich nach ihm erkundigten. Sonnabend nachmittags um 5 1/2 Uhr traten 4 Männer, der Putzmeister in der Gde und den Schal vor dem Haus zu Kupka und fragten ihn, ob er für sie nicht Beschäftigung in irgend einer Form, am liebsten in agitatorischer Weise hätte. Kupka bat sie um Entree einzutreten wo er einen Posten nahm um die Personallisten aufzuschreiben während er damit beschäftigt war, sieben 4 Schüsse. Der eine drang in die Schäfte und kam am Hintertopf heraus, der zweite durchschloß die Lungengegend, der dritte den Hals, der vierte war ein Bauchschuß. Nach wenigen Minuten war Kupka erschossen. Vom familiären Standpunkt ist dieser politische Gewaltakt insofern besonders tragisch, als Kupkas Gattin geflohen niedergekommen war. Die Erregung über diesen Mord ist außerordentlich groß.

ein Festmahl. Am Montag, den 21. November, feierte der Weihbischof das Sakrament der Firmung und lehrte dann nach Breslau zurück.

Die St. Marienkirche war damals der zweitgrößte Bau in ganzen Industriebezirk. Sie besitzt eine Länge von 132 Metern und eine Breite von 31 Metern. Der Bau wird durch fünf mit Kreuzblumen geschmückte Türme gegliedert. Der Hauptturm erreicht eine Höhe von 71 Metern. Der in reiner Gotik ausgeführte Bau ist eine Lebenswürdigkeit von Oberschlesien und hat die Bewunderung vieler Kunstfreunde und hoher Beamter erregt. Laut der amtlich geprüften Abdruckrechnung betrug bis zum Juni 1872 die Gesamtschuld für beide Kirchen 79642 Taler, die Kisten 11643 Taler, so daß noch eine Schuld von 2051 Talern zu zahlen blieb. Außerdem war noch die Gemeinde mit Torkeln in Höhe von 25500 Talern belastet. Die Abtragung der Schuld konnte aber dank der Hochherzigkeit des Fürstbischofs in kurzer Zeit erfolgen. Am 14. Juni wurde die Kuratie Kattowitz zur Pfarrei erhoben. Augenblicklich amtieren an der St. Marien-Pfarrei Pfarrer Dr. Kubina, Oberkaplan Stephan, Kaplan Szewny.

Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Stadtrats Kalus. Es wurden hierauf noch zwei Rieder zum Vortrag gebracht, dann schloß die Feier. Am 8 Uhr abends fand eine Festversammlung für die polnischsprechenden Parochianen statt, die gleichfalls einen erhabenen Verlauf nahm.

Einigung im Oberschlesienabkommen

Kattowitz, 21. November.

Nachmalige Verhandlungen am 20. November in Kattowitz über das Oberschlesienabkommen im Oberschlesischen Steinkohlenbergbau haben zu einer Einigung geführt, so daß das Abkommen in den Grundzügen bis zur Unterzeichnung fertiggestellt worden ist. In weiteren Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen

und der Besatzungsbehörde, wurde in der Verteilung der in den Oberschlesien geförderten Kohle für die Tschechoslowakei und Deutschland ein Modus dahin vereinbart, daß ein Drittel der Kohle (höchstens 50000 Tonnen monatlich) der Tschechoslowakei, die übrigen zwei Drittel der Uberschlesientohlen Deutschland zugute kommen sollen.

Die Interalliierte Behörde wird diesem Modus wahrscheinlich ihre Genehmigung erteilen. Sehr schwierig sind die Verhandlungen über die Frage der Fettzulage an die Arbeiter. Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen auf dem Standpunkte, daß die Kosten der Verbilligung des Fettes von der deutschen Regierung getragen werden sollen, als Vergütung für die Deutschland zukommenden Uberschlesienkohlen. Eine Beeinflussung der Abstimmung, wie sie von der interalliierten Behörde durch diesen Modus beabsichtigt wird, können die ober-schlesischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer darin nicht erblicken, weil die ober-schlesischen Arbeiter nur das erhielten, was die westfälischen Bergarbeiter bereits erhalten.

Auch die polnische Organisation ist mit der Beschaffung des Fettes durch das deutsche Reich einverstanden mit der Begründung, daß Deutschland die Uberschlesienkohlen, die ihnen zugute kommen soll, auch begleichen müsse. Die I. R. lehnt diesen Standpunkt vorläufig noch ab, so daß das Uberschlesienabkommen noch nicht endgültig abgeschlossen werden konnte. Eine endgültige Aeußerung der I. R. hierzu, ist in der nächsten Zeit zu erwarten.



Cotales.

Miechowitz und Umgegend.

(Legitimationskarten für die Bewohner des Abstammungsgebietes.) Aus Oppeln wird uns gemeldet: Durch eine Verordnung der Interalliierten Kommission wird für die Bewohner Oberschlesiens beiderlei Geschlechts, die das 16. Lebensjahr erreicht haben, eine Legitimationskarte eingeführt. Jeder Bewohner Oberschlesiens ist verpflichtet, sich von der Ortsbehörde seines Wohnortes eine Legitimationskarte nach dem von der Interalliierten Kommission gegebenen Muster ausstellen zu lassen. Die Ausstellung dieser Legitimationskarte erfolgt kostenfrei unter Verantwortung der betreffenden Ortsbehörde in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember d. Js. Diejenigen Personen, die das 16. Lebensjahr erreicht haben, oder seit dem 31. Juli 1919 nicht ständig im Gebiete Oberschlesiens wohnen, wird eine Legitimationskarte nur dann ausgestellt, wenn die Ortsbehörde ihres Bezuges dazu ermächtigt ist, nachdem die Ansicht der beratenden Kommission eingeholt worden war. In jedem Kreise wird eine beratende Kommission errichtet, welche sich aus den im ober-schlesischen Abstammungsgebiet geborenen Bewohnern dieses Gebiets zusammensetzt und deren Mitglieder zu gleichen Teilen der polnischen und der deutschen Nationalität angehören. Diese beratende Kommission wird auf Antrag der zuständigen Ortsbehörde ihre Ansicht aussprechen über die Ausstellung der Legitimationskarte. Der Kreisrat wird den Beratungen dieser Kommission als Vertreter der Interalliierten Kommission beizutreten. In Ausführung des Artikels 88, Anlage des § 3 des Verfallensvertrages vom 28. 6. 1919 wird die Interalliierte Kommission über die hier unterbreiteten Fälle derjenigen Personen entscheiden, denen nach Ansicht der genannten Kommission eine Legitimationskarte nicht auszustellen ist. Jede Person, der diese Legitimationskarte verweigert wird, hat das Abstammungsgebiet innerhalb 14 Tagen zu verlassen, von dem Tage an gerechnet, an welchem die ablehnende Entscheidung der betreffenden Person bekannt gegeben worden ist. Der Inhaber der Legitimationskarte ist verpflichtet, der Zivil- oder Militärbehörde diese vorzuzeigen.

Zu der Verordnung über die Neueinführung der Legitimationskarten, lesen wir im am Sonnabend zur Ausgabe gelangten Amtsblatt für Oberschlesien über die Strafbestimmungen. Danach wird jeder, der den Zivil- oder den Militärbehörden nicht seine eigene, sondern eine andere Legitimationskarte vorzeigt, oder der seine Legitimationskarte einem Dritten überlässt, mit Gefängnis von einer Woche bis zu 6 Wochen, oder mit Geldstrafe von 100—150 Mark bestraft. Diese Strafbestimmung gilt für alle im Abstammungsgebiet und Wohnenden, die bis zum 31. Juli 1919 anlässlich waren. Sie beschaffen sich wesentlich für die Personen, die seit diesem Termin nicht ständig ihren Wohnsitz in Oberschlesien hatten und für die bekanntlich die Legitimationskarte nur nach Anhörung der beratenden Kommission ausgestellt wird. Wer von diesen Personen den Vorschriften zum Verstoß, wird mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe von 1000—1500 Mark bestraft. Die Verordnung ist am 30. Oktober 1920 erlassen worden. Das Amtsblatt vom 12. November enthält auch das Muster dieser Legitimationskarte. Die Karten, die für die im Abstammungsgebiet geborenen und wohnhaften Personen ausgestellt werden, sind rot bedruckt; für die wohnhaften, aber nicht geborenen grün gedruckt. Die Karte enthält auf Seite 2 Alter, Größe und Adresse des Inhabers, sowie einen Raum für eine nicht pflichtgemäße Photographie; auf Seite 3 Namen, Familienstand, Geburtsort und Termin des Zuzugs nach Oberschlesien. Satz 4 enthält Geld für Kontrolltempel.

(Schärfere Strafen für Fahrgen.) Die Interalliierte und Beobachtungskommission für Oberschlesien erlässt eine Reihe von neuen einschneidenden Verordnungen. Nach einer Verordnung vom 5. Oktober, werden die Strafen für Fahrgen wesentlich verschärft. In Zukunft wird auf Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre erkannt werden.

(Einreiseverbot für Militärpersonen in Uniform.) Eine Verordnung der Interalliierten Kommission vom 19. Oktober verbietet Polizeibeamten, Offizieren, Unteroffizieren und Gendarmen, die im Dienste der an Oberschlesien grenzenden Mächte stehen, Einreise und Aufenthalt in Uniform. Zuwiderhandlung wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft.

(Schulbeiräte.) Eine Verordnung der Interalliierten Kommission vom 30. Oktober führt folgende Schulbeiräte ein: Bei der Schulabteilung der Regierung in Oppeln einen Oberregierungsbeirat. Bei jedem Kreis- und Provinzialschulinspektor einen Kreis- und Provinzialschulbeirat und bei jedem Seminar einen Seminarbeirat, die nämlich dem Chef des Unterrichtswesens bei der J. K. unterstehen. Die Schulbeiräte sind bekanntlich technische Beiräte für den Unterricht in der polnischen Sprache.

(Schüler und Patentreuz.) Das preussische Kultusministerium hat folgende Randverfügung erlassen: Von einer großen Anzahl Schüler wird heute das Patentreuz als Abzeichen getragen. Das Patentreuz ist als Abzeichen im Sinne der Jiffer 3 des Kinderlassens vom 14. 11. 1919 anzusehen, das heißt, sein Tragen ist in der Schule verboten. Die Provinzialschulinspektoren und Regierung sollen die Lehrer und Lehrerinnen sämtlicher ihnen unterstellten Lehranstalten bzw. die Kreis- und Provinzialschulbeiräte hiermit mit Besorgungen versehen.

(Steuerermäßigung für heimgekehrte Kriegsgefangene.) Das Reichsfinanzministerium hat, wie wir erfahren, einen Erlass herausgegeben, der eine Steuerermäßigung für heimgekehrte Kriegsgefangene vorsieht. Nach dem Reichseinkommensteuergesetz vom 31. März 1920 kann eine Sonderbehandlung der ehemaligen Kriegsgefangenen nicht erfolgen. Jedoch gemäß der § 21, Jiffer 5 und 7 des Einkommensteuergesetzes insofern eine Vergünstigung, als die Bezüge, die auf Grund Kriegsdienstbeschädigung gewährt sind, ganz oder teilweise einkommensteuerfrei bleiben. Darüber hinaus ist eine weitere Sonderbehandlung der ehemaligen Kriegsgefangenen allgemein nicht möglich.

wo jedoch die persönlichen Verhältnisse eines ehemaligen Kriegsgefangenen eine Sonderbehandlung gerechtfertigt erscheinen lassen, kann auf Grund des § 26 des Einkommensteuergesetzes eine wesentliche Ermäßigung oder gar völliger Erlass der Einkommensteuer gewährt werden.

(Gemeindevertreterwahl.) Am Dienstag, den 23. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet eine Sitzung der Gemeindevertretung im Sitzungszimmer des Gemeindefaustes hier selbst statt. Tagesordnung: 1. Genehmigung zum Abschluss eines Haftpflichtversicherungsvertrages der Gemeinde beim Allgemeinen Deutschen Haftpflichtversicherungsverein a. G. in Stuttgart. 2. Nachmalige Wahl eines Waisenrats für den Bezirk 1 anstelle der die Wahl ablehnenden Herren Derber und Kürsch. 3. Wahl eines Mitgliedes a) des Schulvorstandes und b) der Schuldeputation anstelle eines auscheidenden Schulvorstands- und Schuldeputationsmitgliedes. 4. Genehmigung zur Aufnahme eines langfristigen Amortisationsdarlehens unter Reichsbürgschaft zur Deckung des aus Gemeindegeldern verausgachten, bisher noch nicht erstatteten Teils der Kriegswohlfahrtsausgaben. 5. Genehmigung eines Kredits in laufender Rechnung bei der Hauptgenossenschaft für Oberschlesien zur Beschaffung von Betriebsmitteln. 6. Annahme eines seitens der Gutscherrschaft als freiwilligen Beitrag angebotenen Betrages zu den Kosten des in diesem Jahre ausgeführten Kanals in der Hindenburgstraße. 7. Ueberweisung der an der Ecke Hindenburg- und Stollarzowitzerstraße lagernden Weisenrohre zum Verkauf. 8. Beschluss zu dem Anspruch auf eine den Beschlüssen in den gleichartigen Gemeinden entsprechende Eingruppierung beziehungsweise Dienstentlohnungsregelung a) des Gemeindevorstehers, b) des Bürovorstehers des Büros für allgemeine Verwaltung sowie des Gemeindefassensdanten, c) der Volkshilfsbeamten. 9. Erhöhung der Löhne der Strafenarbeiter und eines Gemeindevoten. 10. Beschluss zu den Besuchen a) eines auswärtig wohnenden Beamten um Erstattung des Fahrgeldes, b) auf vorläufige Zahlung der Wirtschaftshilfe, c) eines Beamten auf Anrechnung auswärtiger Dienstjahre. 11. Festsetzung des Haushaltsplans und der Steuerumlage für 1920. 12. Vorlage des Sonderveranschlags der Lichtkasse. 13. Beschluss wegen etwaiger Wiederabgabe von Gemeindegeld. 14. Erhöhung des Teuerungszuschlages zur Telefonmiete der ober-schlesischen Telefongesellschaft. 15. Oberschlesischer Bühnenbund. 16. Mitteilungen a) Schöfenwahl für den ausgeschiedenen Herrn Morawiek, b) Jagdverpachtung, c) Angestelltenkündigung. — Sollte die Tagesordnung am selben Tage nicht voll erledigt werden, so findet zur Beschlussfassung über die nicht erledigten Gegenstände eine Fortsetzung der Gemeindevertreterwahl am folgenden Tage also Mittwoch, den 24. November 1920, nachmittags 4 Uhr, im Gemeindefitzungszimmer statt.

(Achtung! Kriegsveterane und Kriegshinterbliebene.) Wegen Einbräntung des Publikumsverkehrs bei der Fürsorgestelle für Kriegsveterane und Kriegshinterbliebene in Beuthen sind Anträge von Kriegsveteranen und Kriegshinterbliebenen auf Fürsorge geselliger Art nur bei der hiesigen Gemeinde zu stellen. Der Gemeindevorsteher macht nochmals darauf aufmerksam, daß sich Beteiligte zur Vermeidung unnötiger Kosten im Bedarfsfalle zuerst an die Gemeindebehörde zu wenden haben.

(Silberhochzeit.) Das Fest der silbernen Hochzeit begingen die Maschinenwärter Adolf Kuluschen Eheleute, wohnhaft in Miechowitz, Braustraße 3.

(Verkauf von Schuhen.) Der Verkauf von guten Schuhen in modernen Formen findet all-täglich zu allen Tageszeiten bei den Herren Schulbienen Gawli-Strichstraße und Bonk-Stollarzowitzerstraße, statt. Die Schuhe sind für Kinder, Jungen und Frauen bestimmt.

(Wem gehört das Geld?) Auf dem Pfarramt der Kreisstraße ist ein Geldbetrag als gefunden abzugeben worden. Der Besitzer möge sich denselben dort abholen.

(Vestohlen.) In den frühen Morgenstunden des Montags, wurde die Witwe Cempulka aus Miechowitz, Hindenburgstraße wohnhaft, von Spitzbuben bestohlen. Derselben wurden sechs neue Hemden, sowie die Bettbezüge von den Betten gestohlen.

(Verhaftet.) Bei einem Arbeiter wurden Schusswaffen gefunden, weshalb seine Verhaftung erfolgte.

(Banditenüberfall.) Sonnabend abend zwischen 8 und 9 Uhr drangen bewaffnete Banditen in die Wohnung des Arbeiters Kosa, Straße Ziegelei bei Myslowitz, ein. Der Überfall wurde in der Weise ausgeführt, daß ein Bandit vor der Türe Wache hielt, der zweite mit geladenem Revolver auf die beiden Eheleute, die sich bereits im Bett befanden, losging und Geld von ihnen verlangte. Kosa blieb nichts weiter übrig, als seine Habe, die aus 800 Mark Bargeld bestand und in einem Käftchen aufbewahrt war, dem Banditen zu überreichen. Dieser nahm das Geld und verschwand dann. Heute früh ist es der Myslowitzer blauen Polizei gelungen, die beiden Banditen, die in Myslowitz wohnhaft sind, festzunehmen.

(Um 100 Mark.) Vor dem Kreisgericht Schwurgericht hatte sich am Sonnabend der Grubenarbeiter August Staliga aus Hindenburg wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte befand sich in Geldverlegenheit und fälschte eine ständesamtliche Urkunde, um von seiner Verwaltung 100 Mark zu erhalten. Unter Zustimmung mildernden Umstände wurde er zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

(Hohenlinde, 22. November.) (Verurteilung.) Das Kreisgericht Schwurgericht verurteilte

Solange Vorrat reicht!
Abfall-Tabak
gut im Geschmack,
1/4 Pfund 6,00 Mark
zu haben bei
Benno Weiß, Miechowitz.

den Grubenarbeiter Sieghart aus Hohenlinde wegen rauberischer Erpreßung zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte zwang am 20. 6. den hiesigen Komrat mit vorgezogenem Revolver zur Herausgabe seiner Barikasse und verletzete ihm ein Schuß den Mund, als er sich wehrte.

(Diebstahl, 19. November.) (Kirchenraub.) In der Nacht auf Donnerstag wurde in die hiesige Wallfahrts-Brunnkirche eingebrochen. Die Wandtische durchkämmte die eiserne Sicherheitsstäbe der Sakristei und raubte aus der Sakristei die Monstranz und aus der Kirche einen Kelch. Auch die beiden Opferlaster erbrachen sie. Am Morgen fand man den erbrochenen Opferlaster sowie die anderen geraubten Gegenstände, nämlich Monstranz und Kelch in einiger Entfernung vor der Wallfahrtskirche am Wege liegen. Wahrscheinlich hatten es die Einbrecher nur auf echte Goldsachen abgesehen, weshalb sie auf die weitere Mitnahme der nur vergoldeten Gegenstände keinen Wert zu legen schienen.

(Großer Waffenschatz, 22. November.) (Großer Waffenschatz.) In Myslowitz, Kreis Weichsel, wurde am 19. November bei dem Großpolen Starzinski eine Hausdurchsuchung nach Waffen vorgenommen. Auf dem Boden des Hauses wurden gefunden: 1 leichtes Maschinengewehr, 14 Karabiner 98, 5 Karabiner 98, 2 Armeepistolen 98. Die Waffen wurden von einem Kommando der Interalliierten Kommission aus Neuenburg beschlagnahmt.

Beuthen und Umgegend.

(Stadttheater Beuthen.) Montag, den 22. November, 7 1/2 Uhr ist die Premiere von „Der letzte Walzer“ Operette in 3 Akten von Julius Brammer und Alfred Grünwald, Musik von Einar Straus. Die Inszenierung hat Operettendirektor Will Walzer übernommen. Die musikalische Leitung liegt in Händen von Kapellmeister Fritz Priemann. In Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Käthe Wöge, Hannchen Gein, Wanda Lindner und die Herren Willi Walzer, Heinz Leimbacher, Heinz Vincenz, August Spinn, die Operette wird vollständig mit neuen Kostümen ausgestattet, die im eigenen Atelier des Stadttheater angefertigt sind. Es sei noch darauf hingewiesen, daß „Der letzte Walzer“ der große Operettenerfolg der diesjährigen Spielzeit ist und schon seit Monaten den Spielplan des Berliner Theaters Berlin beherrscht. Dienstag, den 23. November findet ein Kammeroperabend statt, es gelangt Strindbergs „Scheuerbauern“ in der bekannten vorzüglichen Fassung zur Ausführung. Mittwoch, den 24. November findet eine geschlossene Vorstellung statt. Donnerstag, den 25. und Freitag, den 26. November wird „Der letzte Walzer“ wiederholt. Sonnabend, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr ist die Uraufführung von „Sump“ Drama in einem Vorpiel und 3 Akten von Leopold Schwarzschild. In Vorbereitung: „Die Frau im Kermel“ Operette in 3 Akten von Rudolph Scharner und Ernst Welisch, Musik von Jean Gilbert. In der Rolle des „Oberst Kallisch“ soliert Herr Karl Grünwald, der 1. Operettendirektor vom Theater des Westens Berlin. Das Gastspiel findet am 3. 4. und 5. Dezember statt.

(Das neue Wasser.) Während im vorigen Jahre die Wasserleitung im Landkreise Beuthen, die sich auf die Kreiswasserleitung 1 für die Ortsschaften Birtenhain, Groß-Dombrowitz, Ramin, Brzezowitz, Egarth, Mohrberg und Leusch-Vielar, sowie auf die Kreiswasserleitung 2 für die Ortsschaften Wisnarschhütte und Schwienowitz erstreckt, mit insgesamt 145 000 Mark etabliert werden wird, sind im Haushaltsplan für das laufende Rechnungsjahr für diesen Zweck 545 000 Mark ausgeworfen worden. Unter Zugrundelegung einer Wassermenge von 600 000 Kubikmeter bei der Kreiswasserleitung 1 wird mit einer Einnahme von den betreffenden Gemeinden von 449 300 Mark gerechnet. Dabei ist die Erhöhung des Wasserpreises von 20 Pfg. auf 75 Pfg. berücksichtigt worden. Bei der gleichen Berechnung ist für 124 000 Kubikmeter bei der Kreiswasserleitung 2 ein Einnahmebetrag von 92 000 Mark eingestellt worden. Bei der Kreiswasserleitung 1 hat der Kreis an die Stadt Beuthen einen Wasserpreis von 450 000 Mark abzuführen und bei der Kreiswasserleitung 2 einen solchen von 87 000 Mark an den Kreis Ratibowitz.

(Straßenraub.) Das Schwurgericht in Beuthen hat am Sonnabend, dem letzten Tage der vorletzten diesjährigen Schwurgerichtsperiode gegen den wegen Straßenraubes angeklagten Fördermann Viktor Sietzka aus Boguschnitz verhandelt. Er ist überführt worden, am 31. März d. J. auf dem Wege zwischen Janow und Schoppinitz mit einem zweiten, nicht ermittelten Täter einen polnischen Grubenarbeiter überfallen und ihm mit Gewalt den 170 Mark enthaltenden Lohnbeutel geraubt zu haben. Der Angeklagte, der die Geschworenen mildernde Umstände ausgeführt hatten, wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Ein Teil der erlittenen Unterjuchungshaft ist auf die Strafe als verbüßt angerechnet worden.

den Grubenarbeiter überfallen und ihm mit Gewalt den 170 Mark enthaltenden Lohnbeutel geraubt zu haben. Der Angeklagte, der die Geschworenen mildernde Umstände ausgeführt hatten, wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Ein Teil der erlittenen Unterjuchungshaft ist auf die Strafe als verbüßt angerechnet worden.

Larnowitz und Umgegend.

(Neuer Stadtrat.) Nachdem der Berginspektor Abramski sein Amt als unbesoldeter Stadtrat niedergelegt hat, hat der Wahlausschuss festgestellt, daß nach der eingereichten Vorschlagsliste der katholischen Volkspartei der Polizeimeister Paul Krenser durch Nachrüden in die freigewordene Stelle als gewählt zu betrachten ist. Auf Grund dieser Feststellung ist Herr Krenser als unbesoldeter Stadtrat der Stadt Larnowitz vom Regierungspräsidenten in Oppeln unterm 10. 11. d. Js. befristigt worden.

(Fest, 21. November.) (Die Freiheit von heute.) Am Sonnabend, den 20. d. Ms., fand in Kallina, Kreis Lublin, eine von der dortigen Ortsgruppe des Verbandes Heimattreuer Oberschlesier veranstaltete Theateraufführung statt. Nach Schluß der Vorstellung wurde ein Schuß von den sich auf der Straße herumtreibenden polnischen Soldaten in den Saal abgegeben, wobei ein Mädchen am Beine verletzt wurde. Eine Stunde später wurde eine Handgranate in den dichtgefüllten Saal geschleudert, wo ca. 15 Personen durch Spitterwirkung teils schwer, teils leicht verletzt wurden.

Allerlei vom Tage.

In Kallina haben die Arbeiter der großen Fabrik von der Zuper und Charlier und der Teutischen Gasmaschinenfabrik mit großer Majorität den Streik beschlossen und die Arbeit niedergelegt. Die Verhandlungen waren sehr stürmisch. Die Betriebe stehen vollkommen, doch werden die Notstandsarbeiten ausgeführt. An dem Streik sind 7000 Arbeiter beteiligt.

Wie aus Reichenberg gemeldet wird, hat der akademische Senat und die Vertreter der Studentenchaft der Universität Prag, infolge der Vorgänge in Prag, die Verlegung der Prager deutschen Hochschule nach Leusch-Vielar beschlossen und Reichenberg dafür in Aussicht genommen. Dort haben sich bereits viele Vertreter der Prager Studenten eingeschrieben.

In Wladiburg ist von tautienden von Vertretern der deutschen Angestelltenverbände der Gewerkschaftsbund der Angestellten, männlichen und weiblichen, des Handels, der Technik, des Bergbaus und der Fabrikbetriebe mit 350 000 Mitgliedern gegründet worden.

30 bis 45 Mark täglich

Nebenerdienst, nachweislich bei nur 2 bis 3 Stunden Tätigkeit. Prospekt Nr. 123 gratis.
P. Wagenmoch Verlag, Leipzig.

Ata

reingt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.

Bestes Scheuerpulver für Haushalt, Gewerbe u. Industrie.

Vorzüglicher Herdputz. Ueberall erhältlich.

Henkel & Cie., Düsseldorf

Fabrikanten von „Sant“ und Henkel's alkali-Soda.

Solange Vorrat reicht!

Abfall-Tabak
gut im Geschmack,
1/4 Pfund 6,00 Mark
zu haben bei
Benno Weiß, Miechowitz.

Zum
Gehweinschlachten
offeriert
Heidegraupe, Heidegrieß und Gewürze
billigst.
Benno Weiss
Miechowitz, Hindenburgstraße.



Do hicia wieprzy

poleca
krupy pogańskie, pogańska gryska i inne przyprawy
tanio.

Benno Weiss

Miechowiec, ulica Hindenburga.